

# „Alles versuchen, um Förderung zu erreichen“

**INTERVIEW** Edgar Franke über die engen Vorgaben bei der Hilfe für ländliche Kliniken

VON MAJA YÜCE

**Schwalm-Eder** – Während Kliniken in Schwalmstadt, Frankenberg und Korbach eine Förderung von jeweils 400 000 Euro bekommen, geht das Fritzlarer Hospital leer aus. Ein Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke (SPD), der sich für eine Öffnungsklausel für das Hospital stark gemacht hat.

## **Warum geht das Hospital wieder leer aus?**

Die Kriterien verlangen vor allem, dass beim Wegfall des Krankenhauses mindestens 5000 Einwohner eine Autofahrtzeit von mehr als 30 Minuten aufwenden müssen, um zum nächstgelegenen geeigneten Krankenhaus zu gelangen. Das Hospital erfüllt leider diese Voraussetzung nicht. Es liegt zu nah am Oberzentrum Kassel. Zudem gilt die Förderung nur für eine dünn besiedelte Region, das heißt, die durchschnittliche Einwohnerdichte muss unterhalb von 100 Einwohnern je Quadratkilometer liegen, im Versorgungsgebiet des Fritzlarer Krankenhauses sind es aber über 300.

**Ein Knackpunkt ist also, dass Fritzlar zu nah an Kassel liegt?**

Der Einzugsbereich kann nicht mit der Kreisgrenze abgesteckt werden. Die Förderrichtlinien gelten für ganz Deutschland einheitlich und sehen leider keine Berücksichtigung lokaler Besonderheiten vor. Für 2021 sind fünf Krankenhausstandorte in Deutschland neu auf die Förderliste gekommen. Die meisten dieser neuen Kandidaten sind in die Förderung gekommen, weil die Bevölkerungsdichte im jeweiligen Einzugsgebiet im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist. Dies ist für das Einzugsgebiet des Hospitals nicht der Fall.

**Sie wollten sich, nachdem das Hospital 2019 leer ausging, für eine Öffnungsklausel einsetzen, damit das Fritzlarer Krankenhaus berücksichtigt wird. Was ist daraus geworden?**

Ich habe mehrfach mit dem zuständigen Abteilungsleiter, Wulf-Dietrich Leber vom GKV-Spitzenverband, mit Dr. Gerald Gaß, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, als auch mit Bundesgesundheitsmi-

## **ZUR PERSON**



**Dr. Edgar Franke** (60, SPD) lebt in Gudensberg. Er studierte Politik und Recht und promovierte in Kommunalrecht. Der verwitwete Vater zweier Töchter war Bürgermeister im nordhessischen Gudensberg. Seit 2009 ist Franke im Bundestag. Er ist Mitglied im Gesundheitsausschuss und Opferbeauftragter der Bundesregierung für politische Straftaten.

FOTO: SPD

nister Jens Spahn korrespondiert und auch persönlich auf die Wichtigkeit der wohnortnahen Versorgung durch das Fritzlarer Krankenhaus hingewiesen. Ich habe vor allem darauf hingewiesen, dass wir die kleinen Krankenhäuser auf dem Land weiter stärken müssen, denn sie sind für die Grundversorgung unverzichtbar, schon allein des-

halb, weil viele niedergelassene Ärzte in nächster Zeit aufhören. Man muss in der Gesundheitsversorgung auch sektorenübergreifend denken. Hier sah ich eine reelle Chance, eine Öffnungsklausel zu erzielen.

**Aber bislang gibt es eine solche Klausel nicht. Welche Chancen sehen Sie noch?**

Sicherlich ist es notwendig, immer wieder, auch in der öffentlichen Diskussion, auf die Wichtigkeit einer wohnortnahen ärztlichen Versorgung bei uns in Nordhessen hinzuweisen. Man muss versuchen, die politisch Verantwortlichen, die oft aus Ballungszentren kommen, davon zu überzeugen, dass die Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse gesundheitliche Versorgung einschließt.

**Und was bedeutet das konkret für das Hospital?**

Das Hospital zum Heiligen Geist leistet eine medizinisch gute Versorgung und ist für die flächendeckende Versorgung im nördlichen Schwalm-Eder-Kreis unverzichtbar. Das ist eigentlich Ländersache, hier ist also die

hessische Landesregierung gefragt. Doch der Bund unterstützt die stationäre Versorgung in dünn besiedelten Bereichen, um die stationäre Versorgung für alle Menschen in erreichbarer Entfernung zu sichern. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass diese Vorgaben eine Erweiterung erfahren.

**Was sagen Sie zur Kritik, es sei Ihnen nicht gelungen, sich für die Förderung des Hospitals stark zu machen?**

Ich habe alles getan, was in meiner Macht steht; deshalb halte ich die Kritik für absolut unangemessen. Ich habe nie aufgehört, mich für flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum einzusetzen. Mehrere Krankenhäuser in meinem Wahlkreis erhalten Zuschläge zur Sicherung der Basisversorgung, worüber ich mich sehr gefreut habe. Wir müssen jetzt alle gemeinsam versuchen, eine Förderung auch mit politischer Unterstützung des Landes für Fritzlar zu erreichen. Aber nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir das erreichen.

## **DAS SAGT ...**

### **das Ministerium**

Wenn ein Krankenhaus bestimmte Vorgaben erfülle – also ein geringer Versorgungsbedarf bestehe –, werde dieses auf die vereinbarte Liste gesetzt, erklärt das Bundesgesundheitsministerium als Antwort auf das Schreiben von Dr. Carsten Bismarck. Das Bundesministerium für Gesundheit habe aber keinen direkten Einfluss auf die Bestimmung der förderfähigen Krankenhäuser. Diese liege in der Verantwortung der Vertragsparteien: der GKV-Spitzenverband, die Private Krankenversicherung und die Deutsche Krankenhausgesellschaft. „Die Finanzierung der zusätzlichen Mittel für die zu fördernden Krankenhäuser erfolgt (...) aus Beitragsmitteln, nicht vom Bund über Steuergelder“, heißt es. Sowohl freigemeinnützige, kommunale als auch in private Kliniken könnten von den Zuschlägen profitieren, schreibt das Ministerium. Voraussetzungen sei aber die ländliche Lage und die erschwerte Erreichbarkeit des nächstgelegenen Krankenhauses. „Es ist davon auszugeben, dass die entsprechenden Vorgaben nicht erfüllt sind“, heißt es.

neu/may